

Postgasse 68  
3000 Bern 8  
Telefon 031 633 75 91  
Telefax 031 633 75 97  
kommunikation@be.ch  
www.be.ch

17. September 2015

(uh 440625)

**Medienmitteilung der Polizei- und Militärdirektion, des Verbandes Bernischer Gemeinden und der Regierungsstatthalter**

## **Gemeinsames Engagement von Kanton und Gemeinden zur raschen Unterbringung von Asylsuchenden**

Die Polizei- und Militärdirektion (POM) und der Verband Bernischer Gemeinden (VBG) sprachen sich an einer Sitzung für ein gemeinsames Engagement von Kanton und Gemeinden bei der Unterbringung von Asylsuchenden aus. Der Kanton geht auf die Anliegen des VBG ein. Im Gegenzug wird von den Gemeinden erwartet, dass sie Hand bieten für rasche Lösungen zur Unterbringung von Asylsuchenden. Im Rahmen einer Task Force sollen die sich stellenden Fragen geklärt werden. Die Regierungsstatthalter sollen eine wichtige Brückenfunktion zwischen Kanton und Gemeinden wahrnehmen.

Kurzfristig besteht im Kanton Bern Bedarf nach rund 500 Unterkunftsplätzen für Asylsuchende. Mittelfristig sind Entwicklungen denkbar, die noch deutlich mehr Unterkunftsplätze bedingen. Die Polizei- und Militärdirektion, der Verband Bernischer Gemeinden und die Geschäftsleitung der Regierungsstatthalter sind der gemeinsamen Überzeugung, dass dieser Bedarf nur abgedeckt werden kann, wenn der Kanton und die Gemeinden rasch, partnerschaftlich und lösungsorientiert zusammenarbeiten.

Nachdem die Absicht des Kantons, grössere temporäre Unterkünfte zu schaffen, bei den Gemeinden auf Widerstand gestossen ist, wird nun geprüft, ob das Ziel auch mit kleineren Unterkünften erreicht werden kann. Diese Neuausrichtung dürfte mit grösseren Kosten verbunden sein, weil die Betreuung von Asylsuchenden an mehreren Standorten aufwändiger ist. Das ausgabenzuständige Organ des Kantons wird die entsprechenden Mittel zu bewilligen haben.

Der Kanton wird sich künftig bemühen, die Gemeinden früh und umfassend über seine Aktivitäten bei der Platzierung von Asylbewerbenden zu informieren. Zudem sollen alle sich stellenden Fragen, namentlich der öffentlichen Sicherheit, der schulischen und sozialen Integration, der bau- und planungsrechtlichen Zulässigkeit von Standorten, etc., im Rahmen einer Task Force zuhanden der Gemeinden bearbeitet werden. Die Gemeinden sollen mit standardisierten Prozessen so gut wie möglich unterstützt werden. Die Regierungsstatthalter sollen bei der Suche nach Standorten eine wichtige Brückenfunktion zwischen Kanton und Gemeinden wahrnehmen.

Im Gegenzug wird von den Gemeinden erwartet, dass sie den Kanton bei der Suche nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten unterstützen und ihm auch spontan konkrete Unterbringungsangebote unterbreiten. Der Kanton hat die gegenüber fünf Gemeinden



erlassenen Verfügungen zurückgenommen und will auf Zwang verzichten. Das Problem ist damit aber nicht gelöst. Mit Blick auf die sehr angespannte Situation im Asylbereich müssen die Gemeinden nun ihren Beitrag auch leisten.

### **Notiz an die Redaktionen**

Auskünfte erteilen:

- Regierungspräsident Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor, Tel. 031 633 47 21 (erreichbar Donnerstag, 17. September 2015, von 09.30 bis 10.30 Uhr)
- Thomas Rufener, Präsident des Verbandes Bernischer Gemeinden (VBG), Tel. 079 415 16 44
- Christian Rubin, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Bernischen Regierungsstatthalter, Tel. 031 635 23 60